

17. März 2023

Nr.025/2023

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

Asylverfahren

Christian Baldauf / Anette Moesta: Konsequentere Abschiebeverfahren durch Zentralisierung in einer Behörde

V.i.s.d.P.:
Pressestelle
Tobias Diehm

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 14

tobias.diehm@cdu.landtag.rlp.de

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf, und die Obfrau der CDU-Fraktion im Rechtsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags, Anette Moesta, sprechen sich für die Schaffung einer Zentralen Ausländerbehörde in Rheinland-Pfalz zur Zentralisierung und damit Verbesserung der Abschiebungen aus. Die Zuständigkeit für Abschiebungen müsse bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) gebündelt werden:

„Grundlegend für eine Flüchtlingspolitik, die von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit akzeptiert wird und ihre Unterstützung findet, ist die Konzentration der Hilfe auf diejenigen, die tatsächlich verfolgt werden. Das bedeutet, dass Personen, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wird, Deutschland in der Regel schnellstmöglich wieder verlassen müssen. Dieses Prinzip wird in Deutschland allerdings gegenwärtig ausgehöhlt. In unserem Land leben Hunderttausende ohne Anspruch auf Asyl, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Das ist auf Dauer nicht akzeptabel. Es muss sichergestellt werden, dass ausreisepflichtige Personen Deutschland zeitnah verlassen. Alles andere trägt zu einer Überdehnung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes bei und schadet der Akzeptanz des Asylrechts.

Eine wichtige Stellschraube für eine konsequente Rückführung derjenigen, die keine Bleibeperspektive haben, ist eine bessere Unterstützung der für diese Verfahren zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte durch das Land. Helfen kann da eine Zentralisierung in Form einer Zentralen Ausländerbehörde nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es angegliedert an die Bezirksregierungen Zentrale Ausländerbehörden, die die Rückführungsprozesse – gerade auch zur Entlastung der Kommunen – steuern. Sie sind beispielsweise zuständig für die Beschaffung von Heimreisedokumenten oder die Vorbereitung und Durchführung von zwangsweisen Rückführungen. Außerdem unterstützen sie die Kommunen z.B. bei freiwilligen Ausreisen und bei Fällen, in denen sich Ausreisepflichtige in Strafhaft befinden.

Wir müssen die Abschiebeverfahren zentral steuern. Im Kern geht es darum, Fachwissen zur Verfahrensbeschleunigung und zur Entlastung der Kommunen an einer Stelle zu bündeln. So ist es kontraproduktiv, wenn sich 36 Ausländerbehörden dezentral um die Beschaffung von Passersatzpapieren kümmern müssen und zugleich bei riesigen Personalengpässen immer auf dem neusten Stand der gerade geltenden rechtlichen Regelungen sein sollen. Gerade bei Aufgriffen am Wochenende scheitern Ingewahrsamnahmen von Ausreisepflichtigen oft daran, dass keine Ansprechpartner verfügbar sind. Bei einer Zentralisierung kann dieses Problem über einen zentralen Bereitschaftsdienst gelöst werden.“